

An die Geschäftsstelle des Gemeinderates Tübingen

11.02.2014

Antrag: Gründung eines Wohnungsbaufonds zur Schaffung von günstigem Wohnraum

Der Gemeinderat fordert die Stadtverwaltung auf, Untersuchungen zur Gründung eines Wohnbaufonds anzustellen.

Projekte des Miethäusersyndikats und von Nestbau AG haben gezeigt, dass es in Tübingen eine Bereitschaft gibt, Geld sozial anzulegen und auf Teile der Kapitalerträge zu verzichten. Vermutlich ist die Nachfrage nach solchen Geldanlagen noch größer und wird durch die privaten Initiativen nicht voll ausgeschöpft. Daher sollte über einen Wohnbaufonds nachgedacht werden. Die Aufgabe des Fonds wäre es, Kapital von privaten Geldgeberinnen und Geldgebern aber auch von der öffentlichen Hand zu akquirieren, und dieses Kapital zu günstigen Konditionen an Wohnbauprojekte weiterzugeben. Dieses Geld könnte beispielsweise das in der Regel von den Banken geforderte Eigenkapital von ca. 25% ersetzen, über das Wohnbauprojekte häufig nicht verfügen. Um Transparenz der Mittelverteilung zu gewährleisten sollte der Wohnbaufonds von einem Gremium bestehend aus Mitgliedern der Stadtverwaltung, der GWG, von Banken, Wohnbauinitiativen etc. kontrolliert werden. Die geeignete juristische Form des Fonds zu klären, wäre Teil des Untersuchungsauftrages. Die Verwaltung des Fonds könnte ausgeschrieben werden und durch eine geringe Anschubfinanzierung aus den in den Haushalt eingestellten 800.000 EUR für Wohnbau unterstützt werden.

Für AL/Grüne – Annette Schmidt

Für die SPD – Dorothea Kliche-Behnke

Für die W.U.T. – Ulrike Heitkamp